

Palästina 1917 – heute: Vertreibung

105 Jahre Balfour-Deklaration

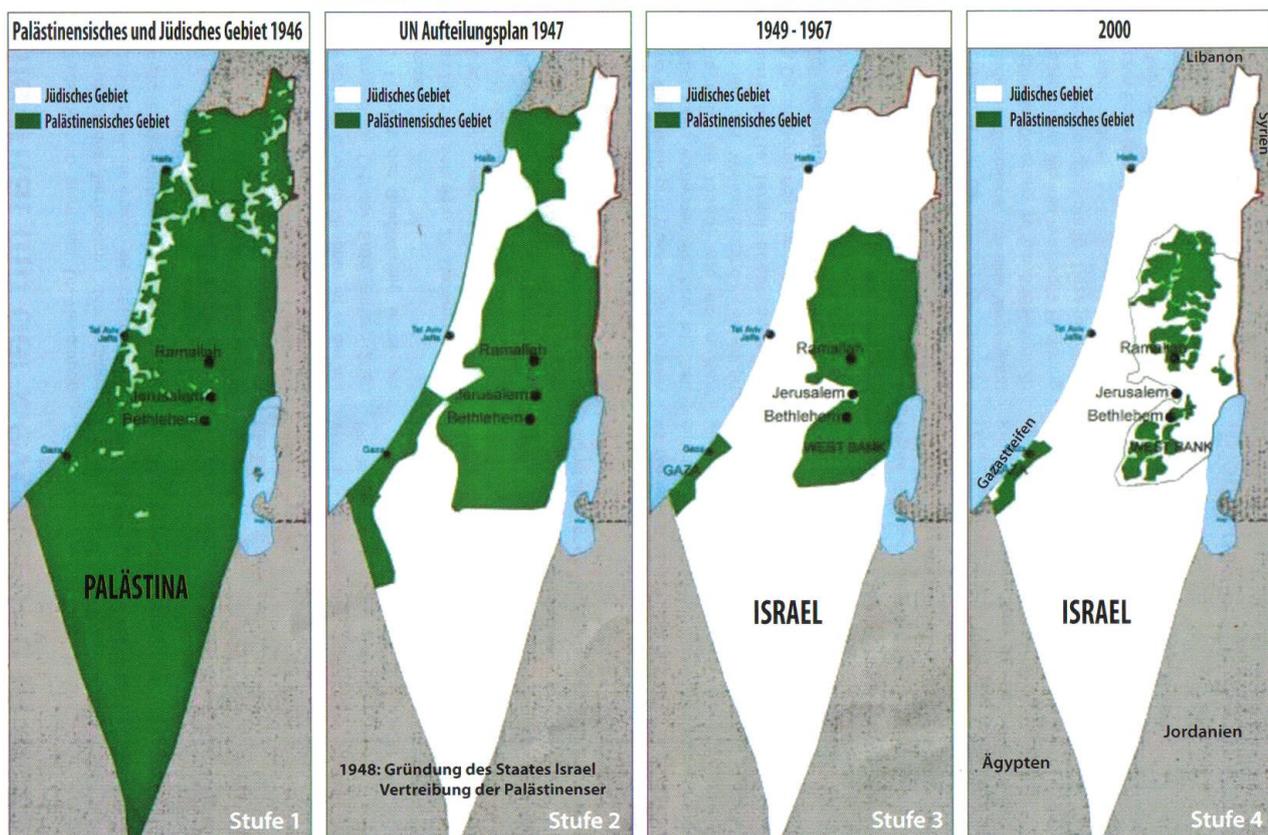
In der Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 erklärte sich Großbritannien einverstanden mit dem Ziel des Zionismus, in Palästina eine „nationale Heimstätte“ des jüdischen Volkes zu errichten. Zu diesem Zeitpunkt gehörte Palästina noch zum osmanischen Reich. Großbritannien benutzte die in Ost- und Mitteleuropa verfolgten Menschen mit jüdischem Glauben für seine kolonialen Pläne im Nahen Osten. Führende Zionisten warnten vor den enthusiastischen Bestrebungen, den „jüdischen Staat“ sofort schaffen zu wollen. Einen jüdischen Staat in Palästina könne es erst geben, wenn es dort eine jüdische Bevölkerungsmehrheit gebe. Diese Auffassung vertraten auch Winston Churchill und Arthur Neville Chamberlain. (Info aus Wikipedia.de, 31.10.2022)

Diese Pläne wurden schrittweise umgesetzt - Jahre vor Deutschlands Verbrechen des Holocaust. Das Ergebnis:

- zahlreiche Kriege: 1936, 1948, 1956, 1967, 1973, Libanon: 1978, 1982, 2006, Gaza: 2006, 2008, 2012, 2014
- 6 Millionen Flüchtlinge, 1,5 Mio. der heute noch registrierten arabischen Palästina-Flüchtlinge leben in 58 anerkannten "Palästina-Flüchtlingslagern" in Jordanien, Libanon, Syrien, Gazastreifen, Westjordanland
- 55 Jahre Leben unter der Besatzungsmacht: Ausgangssperren, eingesperrt von Mauern und Checkpoints, willkürliche Verhaftungen, Inhaftierungen ohne Gerichtsurteil unter Militärverwaltung
- Entzug der wirtschaftlichen Basis durch Mauerbau und völkerrechtswidrigen Siedlungsbau (Beispiel: Hebron) Die Verarmung großer Teile der Bevölkerung ist die Folge.
- Siedler attackieren die palästinensische Zivilbevölkerung und werden von der Armee (IDF) dabei geschützt. Eine technisch hochgerüstete Armee hält fast 5 Mio. Palästinenser mit einer Militärverwaltung in Schach.: 3 Mio. in der Westbank / 2 Mio. im Gaza-Streifen.
- Das größte Freiluftgefängnis der Welt ist der Gaza-Streifen. 2 Mio. Menschen leben auf 364 qkm: Häuser und Infrastruktur (Wasser, Strom) sind zerstört, Medikamente sind Mangelware, Hunger und Unterentwicklung kennzeichnet das Leben der Menschen, auf die geschossen wird, wenn sie sich dem Zaun/der Mauer nähern.

Die historische Entwicklung seit 1946 bis heute: Vertreibung ohne Ende!

Verlust Palästinensischer Gebiete 1946 bis 2000



Aktuelle Situation in Palästina

Bericht der UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete (UN: Occupied Palestinian Territory) Francesca Albanese – 2022

(Kommentar von Prof. Dr. Norman Paech, ehemaliger Abgeordneter des Deutschen Bundestages, Jurist und emeritierter deutscher Professor für Politikwissenschaft und für Öffentliches Recht an der Universität Hamburg, publiziert bei BIP / <https://bip-jetzt.de/blog/>, leicht gekürzte Fassung.)

Die israelischen Regierungen haben nie einen Zweifel daran aufkommen lassen, das okkupierte Land nie mehr zu verlassen und auch dort die „demographische Suprematie“ zu erlangen. Die Berichterstatterin macht deutlich, dass alle Regierungen ihre Vision eines jüdischen Staates vom Jordantal bis zum Mittelmeer ohne Rücksicht auf die palästinensische Bevölkerung verfolgt haben: vom Allon-Plan 1967 mit seinen entmilitarisierten Bantustans im jüdischen Staat, über die Annexion Ost-Jerusalems 1980, die Fragmentierung der Westbank durch den Oslo-Vertrag 1993 in die A-, B- und C-Zonen, die Verwandlung des Gaza-Streifens in eine überbevölkerte, verarmte Enklave nach den Wahlen 2006, bis zu den täglichen Demütigungen, Anschlägen, Überfällen, Razzien und Verhaftungen ohne Schutz der Gerichte in der Gegenwart. Immer ist es das Ziel gewesen, das Leben für die Menschen so unerträglich zu machen, dass sie freiwillig ihr Land verlassen.

Die Berichterstatterin erwähnt zahlreiche der bekannten Maßnahmen wie die Monopolisierung der Wasserquellen und die Verdrängung der palästinensischen Landwirtschaft aus der Zone C, dem fruchtbarsten Anbaugebiet im Jordantal. Sie erinnert an die Zerstörung des Marokkanischen Viertels in Ost-Jerusalem zu Beginn der Besatzung, um Platz für die Klagemauer zu schaffen, die Entfernung der palästinensischen Geschichte aus den Schulbüchern und die Umwandlung oder Schließung von Stätten, die die kulturelle, politische und religiöse Identität der palästinensischen Gesellschaft bewahren.

Die Berichterstatterin brauchte nur auf die wöchentlichen Veröffentlichungen des United Nation Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UNOCHA - Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheit) zu schauen, um all die Vorwürfe und Anklagen bestätigt zu finden, die sie aus ihren Gesprächen und Interviews erfahren hat. So sind derzeit fast 4500 Palästinenserinnen und Palästinenser in israelischen Gefängnissen, 730 ohne Anklage und meistens auf Grund geheimer Anschuldigungen – die berüchtigte Administrativhaft. Zwischen 500 – 700 Kinder unter zwölf Jahren werden jährlich willkürlich verhaftet. Hinzu kommen gezielte außergerichtliche Tötungen, Entzug der Wohnlaubnis und Deportationen, Angriffe auf Häuser, Wohnungen und Gebäude. Die täglichen Meldungen aus den besetzten Gebieten könnten eine Vielzahl weiterer Beispiele rechtswidriger Gewalt und Aggression hinzufügen, die alle nur den Befund des Berichts unterstreichen, dass es sich um ein „vorsätzlich habgieriges, die Rassentrennung förderndes, repressives Regime“ (“intentionally acquisitive, segregationist and repressive regime“, VI, S. 21) handelt, mit dem einzigen Ziel, dem palästinensischen Volk den Gebrauch seines Rechts auf Selbstbestimmung zu verhindern.

Der Bericht ist skeptisch gegenüber den Möglichkeiten einer Friedenslösung nach dem Modell der bisher gescheiterten Versuche. Als Voraussetzung hierfür war dann auch die erste Empfehlung bzw. Forderung des Berichts, dass Israel seine Besatzung beende, sich sofort und bedingungslos zurückziehe und Reparationen leiste. Alle Staaten werden aufgefordert, die Verletzungen des palästinensischen Rechts auf Selbstbestimmung durch Israel zu verurteilen, das sofortige Ende der rechtswidrigen Besatzung, die Rückgabe des geraubten Landes und aller Ressourcen zu fordern und in der UN-Generalversammlung einen Plan zu entwickeln, „um die Siedler-koloniale Besatzung und das Apartheid-Regime zu beenden“ (VI, S. 21). Sollte Israel den Forderungen nicht folgen, sollten die Staaten diplomatische, ökonomische und politische Maßnahmen entsprechend der Charta der Vereinten Nationen ergreifen. Es sollte eine umfassende und transparente Untersuchung aller Menschenrechtsverletzungen, des humanitären Völkerrechts bis hin zu möglichen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen der Aggression unternommen werden. Die Staaten sollten schließlich die Täter mit Hilfe des Internationalen Strafgerichtshofs und anderer universeller Justizorgane zur strafrechtlichen Verantwortung ziehen.

Der Bericht ist wie die vorangegangenen eine scharfe und schnörkellose Abrechnung mit einem kriminellen System auf der Basis unanfechtbarer Tatsachen. Unsere Medien und Politik haben darauf bisher nicht reagiert, nur Israel – mit heftigen Angriffen auf die Autorin.

Wir, die Mitglieder der Palästinensischen Gemeinde in Koblenz und Umgebung e. V. fordern eine friedliche Lösung und ein menschenwürdiges Leben für unsere Verwandten und Freunde in Palästina. Dazu brauchen wir die Unterstützung der deutschen Regierung. Wir fordern den sofortigen Stopp der völkerrechtlich illegalen Siedlungen und eine rechtliche und wirtschaftliche Gleichstellung der palästinensischen Bevölkerung in Israel.

Weitere Infos finden Sie auf unserer Internetseite: <http://www.palaestina-koblenz.de>